



Barthle-Brief

Nr. 3

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

4.12.2009

Thema der Woche:

Im Einsatz für unsere Sicherheit

Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert – Neubewertung des Luftschlags von Kundus

In dieser Woche wurden in zweiter und dritter Lesung drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert. Bereits während der ersten Lesung in der letzten Woche hat die Regierungskoalition deutlich gemacht, dass eine Fortführung der Einsätze in Afghanistan (ISAF), am Horn von Afrika (Operation Enduring Freedom - OEF) und vor der Küste des Libanon (United Nations Interim Force in Lebanon - UNIFIL) deutschen Sicherheitsinteressen dient.

Vor der Küste des Libanon muss weiterhin verhindert werden, dass Waffen in das Krisengebiet geschmuggelt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine friedlichere Entwicklung der Region. Deutschland hat seit 2006 Führungsverantwortung bei der seeseitigen Absicherung der libanesischen Küste übernommen und bei der Unterstützung der libanesischen Streitkräfte. Deutsche Soldatinnen und Soldaten tragen dazu bei, dass diese Aufgaben erfolgreich erfüllt werden. Unser Engagement wird sowohl von der libanesischen als auch von der israelischen Regierung sehr geschätzt. Jetzt übergeben wir diese Führungsverantwortung an Italien. Zugleich soll die Zahl der maximal einzusetzenden deutschen Soldatinnen und Soldaten von 1.200 auf 800 reduziert und unser Einsatz bis zum 30. Juni des kommenden Jahres befristet werden. Zur Bekämpfung des Terrorismus ist immer noch auch eine militärische Komponente notwendig.

Im Rahmen der Operation Enduring Freedom beteiligt sich die deutsche Marine an der See-raumüberwachung am Horn von Afrika und dem Einsatz im Mittelmeer im Rahmen der NATO-geführten Operation Active Endeavour. Dieser Einsatz soll fortgeführt werden. Zugleich hat die Bundesregierung zugesagt, bis zum Sommer

2010 die Notwendigkeit der weiteren deutschen Beteiligung an Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika und gegebenenfalls eine Überführung in eine gemeinschaftliche Mission zur Pirateriebekämpfung zu überprüfen.

Mit ihrer Arbeit in Afghanistan leisten unsere Soldaten einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit. Wir wollen diesen Einsatz fortführen, damit die Stabilisierung Afghanistans gelingt und wir die Voraussetzungen für eine verantwortbare Übergabe schaffen können. Kontinuität und Berechenbarkeit sind dabei wichtige Eigenschaften.

Anlässlich der Debatte über die Verlängerung dieses Mandates der Bundeswehr, nahm Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg zum Luftschlag bei Kundus Stellung, in dessen Zusammenhang sein Amtsvorgänger Franz-Josef Jung in der letzten Woche vom Amt des Bundesarbeitsministers zurückgetreten war. In dieser Stellungnahme vor dem Deutschen Bundestag korrigierte der Minister seine Bewertung der Bombardierung von zwei von Taliban entführten Tanklastzügen in Afghanistan im Nachhinein als militärisch „nicht angemessen“. Er nahm aber gleichzeitig den verantwortlichen Befehlshaber Georg Klein in Schutz, der in „kriegsähnlichen Zuständen“ gestanden habe. Klein sei subjektiv von der militärischen Angemessenheit seines Handelns ausgegangen, sagte zu Guttenberg. „Dafür hat er mein Verständnis.“ Der Befehlshaber habe „zweifelloso nach bestem Wissen und Gewissen und zum Schutz seiner Soldaten gehandelt“, sagte der Minister. Daher werde er „Oberst Klein nicht fallen lassen“. Aus heutiger Sicht und in Kenntnis weiterer Berichte müsse er aber seine Einschätzung vom 6. November korrigieren.

Mit Wachstum schneller aus der Krise

Wachstumsorientierung und Konsolidierung – Diese Leitlinien bestimmen in den nächsten Jahren unsere Finanz- und Steuerpolitik. In dieser Woche haben wir in zweiter und dritter Lesung das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beraten und verabschiedet. Es ist der Auftakt unserer wachstumsorientierten Steuerpolitik. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wollen wir einerseits Schwachstellen aus vergangenen Reformprojekten der Großen Koalition korrigieren und andererseits gezielte Impulse zur Entlastung von Familien und Unternehmen setzen. Das Gesetz sieht Korrekturen im Unternehmenssteuerrecht vor, mit denen wir die Unternehmen krisenfester machen wollen, insbesondere durch eine Entschärfung der Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen, sowohl für international orientierte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen. Die Korrekturen im Erbschaftssteuerrecht schaffen eine krisenfeste Ausgestaltung der Bedingungen für die Unternehmensnachfolge und eine Absenkung der Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder. Die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen stärkt die Wettbewerbsposition des Hotelgewerbes. Darüber hinaus wird die Wettbewerbsfähigkeit der reinen Biokraftstoffe in Deutschland erhalten. Mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages in einem ersten Schritt auf 7.008 Euro und des Kindergeldes um je 20 Euro ab dem 1.1.2010 schaffen wir eine steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern. Damit stärken wir die Leistungsfähigkeit dieser „Keimzelle der Gesellschaft“. Von 8,5 Milliarden Euro Gesamtentlastungsvolumen im Gesetzespaket entfallen alleine 4,6 Milliarden Euro auf die Verbesserung der Familienleistungen. Hiervon wiederum 4,2 Milliarden Euro auf die Erhöhung des Kindergeldes und 400 Millionen auf die Erhöhung des Kinderfreibetrages. Familien mit Kindern zählen zu den wichtigen Leistungsträgern unserer Gesellschaft. Statt Familien mit höherem oder niedrigerem Einkommen gegeneinander auszuspielen, investieren wir in die Zukunft unserer Gesellschaft. Steuerliche Wachstumspolitik steht nicht im Widerspruch zu nachhaltiger und konsequenter Konsolidierungspolitik. Auf Dauer kann nur erfolgreich konsolidiert werden, wenn gleich-

zeitig die Bedingungen für ein robustes Wachstum geschaffen werden. Wir sind überzeugt, dass wir die richtigen Weichenstellungen getroffen haben, um Deutschland gestärkt aus der Krise herauszuführen. Natürlich hätte man sich an der einen oder anderen Stelle noch weitere Verbesserungen vorstellen können. Aber im Hinblick auf die eng begrenzten finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte war ein noch größeres Entlastungsvolumen nicht vertretbar. Dennoch: das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist ein vielversprechender Anfang auf dem Weg zu mehr Wachstum.

Signal für den Sonn- und Feiertagsschutz

Am 1. Dezember 2009 hat das Bundesverfassungsgericht die im Berliner Ladenöffnungsgesetz vorgesehene Freigabe aller vier Adventssonntage für die Ladenöffnung für verfassungswidrig erklärt. Dieses Urteil ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Botschaft des Karlsruher Richterspruchs ist eindeutig und von grundsätzlicher Bedeutung: Eine schleichende Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar. Das Urteil setzt auch ein klares Signal gegen die völlige Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche. Das Urteil bekräftigt zu Recht den in unserer religiös-christlichen Tradition wurzelnden Sonn- und Feiertagsschutz und bestätigt, dass gerade die Adventssonntage vorrangig Tage für den Gottesdienstbesuch, für die Erholung von der Arbeit, zum Erhalt der Gesundheit, für die Pflege der Gemeinschaftskultur und nicht zuletzt für die Familien sind. In dem Urteil ist schließlich auch eine Bestätigung des baden-württembergischen Ladenöffnungsgesetzes zu sehen, welches die Ladenöffnung an den Adventssonntagen, an den Feiertagen im Dezember sowie am Oster- und Pfingstsonntag ausschließt.

Zitat:

„Der Mensch ist nicht nur Konsument.“

(Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Günter Krings, zum Karlsruher Urteil zum Berliner Ladenöffnungsgesetz.)